



Marcel Kusch

Aktivisten fordern nach dem massiven Corona-Ausbruch in Fleischbetrieben scharfe Konsequenzen für die Fleischindustrie. Jetzt fordert auch die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) das Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Branche.

„Schluss mit Wildwest-Methoden“

Gewerkschaft fordert Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in Fleisch-Branche

VON JÜRGEN POESTGES

CELLE. Extreme Arbeitsbelastung, Lohn-Prellerei und Unterbringung in abrisssreifen Wohnungen: Seit den Corona-Ausbrüchen an mehreren Schlachthöfen steht die Fleischwirtschaft in der Kritik. Jetzt ruft die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Celle auf, in Berlin für das geplante Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Branche zu stimmen. Damit verbessere sich nicht nur die Lage osteuropäischer Beschäftigter, die zu prekären Bedingungen bei Subunternehmen arbeiten.

„Durch das geplante Gesetz können auch Arbeitsplätze in der Region entstehen. Das führt zu steigenden Löhnen und zusätzlichen Steuereinnahmen“, so Lena Melcher von der NGG-Region Hannover. „Für die überwiegend osteuropäischen Beschäftigten in Subunternehmen sind extreme Arbeitsbelastung, Lohn-Prellerei und Unterbringung in abrisssreifen Wohnungen seit Jahren an der Tagesordnung. Mit solchen Wildwest-Methoden muss Schluss sein.“

Das geplante „Arbeitsschutzkontrollgesetz“ könne die Fleischbranche zugleich stärken: Nach Angaben der Arbeitsagentur sank die Zahl der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe im Landkreis Celle innerhalb von 20 Jahren um 38 Prozent. Von 21 Betrieben im Jahr 1999 gibt es heute nur noch 13. „Reguläre Stellen gingen verloren und Arbeiten wurden an Subunterneh-



„Das Gesetz ist umfassend und gut.“

Kirsten Lühmann
SPD-Bundestagsabgeordnete



„Wir haben kein Rechtssetzungs-, sondern ein Vollzugsproblem.“

Thomas Ehrhorn
AfD-Bundestagsabgeordneter



„Wir brauchen Instrumente wie Werkverträge und Leiharbeit.“

Henning Otte
CDU-Bundestagsabgeordneter

men ausgelagert – zu prekären Bedingungen“, betont Melcher.

Nach dem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums sollen ab 1. Januar 2021 Werkverträge und ab 1. April 2021 Leiharbeit in Fleischbetrieben mit mehr als 49 Personen verboten werden. „In den vergangenen Jahren sind alle Versuche gescheitert, die Branche zum Umdenken zu bewegen. Das Verbot ist überfällig“, so Melcher.

Das sieht auch die Celler SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann so. „Das Gesetz ist durch das Kabinett gegangen, da gab es fraktionsübergreifende Zustimmung. Wie es bei den Beratungen im Bundestag aussieht, müssen wir abwarten. Wir als SPD-Fraktion werden kein Jota davon abweichen. Das Gesetz ist umfassend und gut.“

Im Landkreis Celle gebe es nur einen Schlachtbetrieb. „Dort haben wir uns aber schon häufig davon überzeugen können, dass die Bedingungen gut sind. Das ist sicher nicht einer der Betriebe, die wir mit dem Gesetz treffen wollen. Gleichwohl wird es auch dort verstärkt Kontrollen geben.“

Der Celler CDU-Politiker Henning Otte verweist auf ein sehr bewährtes Arbeits- und Sozialrecht in Deutschland. „Dennoch könnte grundsätzlich eine stärkere Flexibilität im Arbeitsrecht dazu verhelfen, besser auf Auftragschwankungen in den Betrieben reagieren zu können. Solange dies nicht der Fall ist, brauchen wir auch Instrumente wie Werkverträge und Leiharbeit.“ In einigen Betrieben der Fleischbranche sei es zu Verwerfun-

gen gekommen. „Auf die müssen wir als Gesetzgeber spezifisch reagieren.“

Für Thomas Ehrhorn (AfD) ist das Wichtigste, dass in der Fleisch-Branche lückenlos menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeitskräfte herrschen und auch die Tierschutzbestimmungen eingehalten werden. „Insoweit haben wir aber kein Rechtssetzungs-, sondern ein Vollzugsproblem. Bevor neue Gesetze beschlossen werden, sollte die Regierung erst einmal dafür sorgen, dass die bestehenden durchgesetzt werden. Um hier zu Lösungen zu kommen, ist es im Übrigen geboten, zwischen Werkverträgen und Leiharbeit zu unterscheiden, da es sich um vollkommen unterschiedliche rechtliche Konstruktionen handelt.“